

Eine wunderbare Katastrophe

Bonn befürchtet, zur Ödnis zu verkommen. Berlin stürzt sich enthusiastisch auf seine alt-neue Bestimmung als überragende Kapitale. Nun, da der ganze Kontinent in

Bewegung gekommen ist, könnte Berlin zur Hauptstadt Europas werden, zur multikulturellen Metropole für West und Ost – mit allem Glanz und allem Schatten.

Am 20. Juni 1991 um 21.47 Uhr war schon wieder vieles anders in Deutschland.

Mit einer Mehrheit von 18 Stimmen entschied der Bundestag, Abschied zu nehmen vom Nachkriegsprovisorium Bonn am Westrand der Republik und neu zu beginnen in der alten Reichshauptstadt Berlin an Deutschlands östlicher Peripherie.



Berlin-Bekenner Kohl: Die Mehrheit gedreht

desberger Bezirksvorsteher Norbert Hauser (CDU) schimpfte: „Es gibt Leute, denen ich ins Kreuz treten könnte. Der Bundeskanzler gehört dazu.“

Die Berlin-Anhänger, deren Jubelschrei bei Bekanntgabe ihres Sieges verhalten und kurz ausfiel, zogen aus, um unter sich zu feiern. Willy Brandt, einst Regierender Bürgermeister der halben Metropole, verließ das Wasserwerk mit feuchten Augen. Bonns

Oberbürgermeister Hans Daniels (CDU) sprach mit stockender



Berlin-Streiter Schäuble
„Es geht um unser aller Zukunft“

Weinende Verlierer, weinende Sieger: Seit dem gescheiterten Mißtrauensvotum gegen den Friedenskanzler Willy Brandt hat keine Entscheidung des Parlaments so viele Emotionen geweckt. Doch anders als 1972 und wie noch nie zuvor ging der Riß quer durch die Fraktionen.

Die Bonner, die die Nacht zuvor schon siegesfroh und – wie sonst nur zu Karneval – ohne Sperrstunde durchgezogen hatten, erstarrten oder explodierten.

„Katastrophe für Bonn“, titelte das lokale Boulevardblatt *Express*. Der Go-



Berlin-Befürworter Brandt*: Feuchte Augen nach der Abstimmung

* Mit Berlins Regierendem Bürgermeister Eberhard Diepgen im Bundestag.

Stimme in alle Mikrofone: „Wir werden auch diese schweren Zeiten meistern.“

Nun ist alles klar: Das einig Vaterland hat seine größte Metropole auch zum politischen Zentrum bestimmt, wird gleichziehen mit Frankreich/Paris, Großbritannien/London, Italien/Rom, Spanien/Madrid.

Noch haben die Deutschen in West und Ost die Einheit gar nicht verarbeitet, werden sich der Probleme und Lasten des Zusammenkommens erst allmählich bewußt. Und schon stehen sie mit der Hauptstadt-Entscheidung vor einem neuen einschneidenden Ereignis, dessen Folgen schwer abzuschätzen sind.

Bei der Vereinigung von BRD und DDR war das Volk in der Mitte Europas Subjekt und Objekt der Geschichte in einem: Subjekt in Gestalt der friedlichen Revolutionäre im SED-Staat und der entschlossen zugreifenden Bonner Regierung; Objekt des Sowjetmenschen Michail Gorbatschow, der den Freiheitsdrang der Völker im westlichen Vorfeld der schwindstüchtigen Supermacht nicht länger unterdrücken wollte und konnte, mit den Osteuropäern auch 16 Millionen Deutsche aus 45jähriger eiserner Vormundschaft entließ.

Das Votum für Berlin als Parlaments- und Regierungssitz aber ist die erste souveräne, keinen Sachzwängen folgende Entscheidung des neuen Deutschland.

Nach elfstündigem Debatten-Marathon schlug sich das Parlament auf die Seite Berlins. Der Deutsche Bundestag mutet sich und den Bürgern den Kraftakt zu, die wichtigsten politischen Institutionen von Bonn nach Berlin zu verpflanzen.

Die Riesenstadt an der Spree, jahrzehntelang ein Ort für Aussteiger, wird wieder zur Stadt der Einsteiger – und zwar auf allen Gebieten. Und nun, da der ganze Kontinent in Bewegung geraten ist, könnte der großen Stadt in der Mitte sogar eine Bedeutung zuwachsen, die ihr vor einem Menschenleben schon einmal winkte: als Hauptstadt Europas, mit allem Glanz und allen Schatten.

Auch damals war die ruhelose Stadt aus Erstem Weltkrieg und nachfolgender Revolution, unter dem Druck von Flüchtlingsströmen und zahllosen Glückssuchern zu einer Metropolis



Nacht der deutschen Einheit*: Stunde Null der neuen Republik

herangewuchert, von deren elementarer Kraft eine Tagebuchnotiz des Diplomaten Harry Graf Kessler eine Ahnung vermittelt:

Abends in einem Kabarett in der Bellevuestraße. Rassige, spanische Tänzerin. In ihre Nummer krachte ein Schuß hinein. Niemand achtete darauf. Geringer Eindruck der Revolution auf das großstädtische Leben. Dieses Leben ist so elementar, daß selbst eine weltgeschichtliche Revolution wie die jetzige wesentliche Störungen darin nicht verursacht. Das Babylonische, unermeßlich Tiefe, Chaotische und Gewaltige von Berlin ist mir erst durch die Revolution klargeworden, als sich zeigte, daß diese ungeheure Bewegung in dem noch viel ungeheureren Hin und Her von Berlin nur kleine örtliche Störungen verursachte.

Damals war Berlin, trotz aller Kieze und Schrebergärten, alles andere als ein Idyll. Nichts anderes als den Abschied von der Idylle bedeutet auch die historische Entscheidung des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991.

Der multikulturellen Metropole des Ostens stehen neue Gründerjahre bevor; sie haben bereits begonnen, mit allen irritierenden Begleiterscheinungen: Berlin wird zum Dorado der Investoren wie zum Mekka der Armen, am Ende werden neben funkelnden Hochhäusern auch viele Suppenküchen stehen.

* Vor dem Berliner Reichstag am 3. Oktober 1990.

Die Stadt wird glitzern. Sie wird aber auch am Dreck schier ersticken. Ihre Kultur wird aufblühen, von der Großen Oper bis zu den langbeinigen Girls vom Ballett. Doch ebenso werden die Gestrandeten aus dem Straßenbild nicht mehr wegzu-denken sein – die bettelnden Sinti-Frauen mit ihren Babys im Rinnstein und die Hütchenspieler in den Hauseingängen sind nur Vorboten eines breiten Zustroms elender und zwielichtiger Existenzen.

Die rund um die Uhr geöffnete Stadt der Delikatessen und Kaschemmen, der 1a-Massagesalons und der Stricherklappen, wird mit einer sprunghaft steigenden Kriminalität fertig werden müssen. Die Kluft zwischen den Villen von Dahlem und den Hinterhöfen am Prenzlauer Berg dürfte sich vertiefen – während die Zahl der legal und illegal anwesenden Ausländer unaufhaltsam steigen wird. Ein gewaltiger Verdrängungsprozeß dürfte die Stadt und ihr Umland erschüttern.

Schon vor dem Beschluß von Bonn waren die Immobilienpreise in ganz Berlin geradezu explodiert, sie hatten sich innerhalb eines Jahres mehr als verdoppelt.

Für erste Adressen wurden Büromieten von 85 bis 100 Mark pro Quadratmeter verlangt und gezahlt, bei steigender Tendenz: mehr als alle City-Mieten in Düsseldorf, München, Köln, vergleichbar allenfalls mit Frankfurt am Main.

Auch Wohnraum wurde sprunghaft teurer. Ein durchschnittliches Eigenheim



Randale in Berlin: „Dieses Leben ist so elementar“

kostete 700 000 Mark, eine Wohnung pro Quadratmeter rund 3600 Mark: Preise, die weit über denen von Hamburg und nur noch knapp unter denen in München liegen.

Mietwohnungen sind, bei ständig steigendem Zins, absolute Mangelware. Bereits jetzt fehlen der Stadt 170 000 Wohnungen; der Senat hat sich vorgenommen, bis 1996 mindestens 80 000 bis 100 000 zu bauen. Danach sollen sorgsamer geplante Komplexe folgen, beispielsweise eine „Wasserstadt“ mit 18 000 Wohnungen und 30 000 Arbeitsplätzen an der Oberhavel im Bezirk Spandau.

Das alles reicht hinten und vorne nicht; Stadtsoziologen prophezeien Berlin demzufolge „einen reichen Kern, einen bürgerlichen Gürtel und einen Armenring um die Stadt“.

Das wird den innerstädtischen Autoverkehr, der jetzt schon nicht mehr zu bewältigen ist – und das auf Berlins bekannt breiten Straßen –, ins Chaos treiben. Der Stadt, die immer noch über Tempo 30 streitet, droht Tempo Null: der Dauerstau.

Ob die Schließung noch teilungsbedingter Lücken im S-Bahn- und U-Bahnnetz, der Ausbau von Busspuren und die strikte Einführung von Einbahnstraßen samt Park- und Halteverbot im City-Bereich spürbare Linderung bringen werden, gilt als fraglich – zumal der zu erwartende Parlaments- und Regierungsverkehr Privilegien beanspruchen wird und dem innerstädtischen Einsatz von Helikoptern Grenzen gesetzt sind.

Absolut steinzeitlich sind Berlins Kapazitäten im Nah- und Fernverkehr: Bahnverbindungen und Bahnhofsein-

richtungen sind bei weitem nicht auf dem Vorkriegsstand; der dringend benötigte Großflughafen ist noch nicht einmal im Stadium der Planung.

Dies alles nun zügig zu besorgen wird dauern und kosten; und die geballten Probleme treffen nicht eine halbwegs normale, eine wie auch immer organisch ineinandergeflochtene Stadt, sondern ihre vor Jahrzehnten gewaltsam auseinandergehauenen Hälften: Zwei Millionenstädte mit höchst unterschiedlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen müssen saniert und miteinander verschmolzen werden – eine Herkulesarbeit von entmutigenden Ausmaßen.

Der äußerst schmerzhafteste und kostspielige Prozeß, dem die Stadt und ihre Bewohner jetzt entgegensehen – der Versuch zur Normalisierung bei voraussichtlich unkontrolliertem Wachstum –, wird aber auch eine schockierende, ernüchternde und somit heilsame Demonstration aller Kalamitäten sein, denen die Deutschen für den Rest des Jahrhunderts und wohl noch darüber hinaus ausgesetzt sein werden.

Am unumgänglichen Exempel Berlins werden schnell auch die sorglosesten und ignorantesten Bürger dieses Landes begreifen, was die Einheit bedeutet: eine wunderbare Katastrophe.

Es war Wolfgang Schäuble, der Innenminister und Einheits-Architekt, der mit kaum gebändigtem Sarkasmus davon erzählte, wie wenig er sich habe träumen lassen, daß sich die beiden Deutschländer vereinen könnten – und wie wenig er geahnt habe, welchen Streit die Bestimmung der neuen Hauptstadt für die neue Republik heraufbeschwören könnte.

Schäubles eindrucksvolles Berlin-Plädoyer, so schätzen es viele ein, hat den Umschwung zugunsten Berlins mitbewirkt: „Es geht heute nicht um Bonn oder Berlin, sondern es geht um unser aller Zukunft.“

Soweit Glaubwürdigkeit überhaupt noch zählt in der Politik, fiel der knappe Zuschlag für Berlin nur folgerichtig aus. „Erfahrung und Vernunft“ hätten gegen „Gefühl und Zukunftsvision“ gestanden, urteilte Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth (siehe SPIEGEL-Interview Seite 26).

42 Jahre liegt der Beschluß zurück, durch den Bonn, stellvertretend für Berlin, zur Interims-Kapitale gekürt wurde. Damals, am 3. November 1949, verabschiedete der Bundestag Visionäres, das lange Illusionäres blieb:

Die leitenden Bundesorgane verlegen ihren Sitz in die Hauptstadt Berlin, sobald allgemeine, freie, gleiche, geheime und direkte Wahlen in Berlin und in der Sowjetischen Besatzungszone durchgeführt sind. Der Bundestag versammelt sich alsdann in Berlin.

Der Beschluß ist nie aufgehoben worden. Die zahllosen Reden und Resolutionen, in denen an die Vorläufigkeit des Weststaates und seiner Hauptstadt am Rhein gemahnt wurde, mochten zwar verklungen sein. Willy Brandt und Helmut Kohl, Hans-Jochen Vogel und Wolfgang Schäuble pochten jedoch auf diese Tradition.



Armut in Berlin: Suppenküchen neben funkelnden Hochhäusern

Berlin? Berlin.

RUDOLF AUGSTEIN

Paradox genug: Die routinierte Staatsrhetorik vergangener Tage erwies sich am Ende als Verpflichtung für den Neuanfang der erweiterten Republik.

Ohne Berlin, gaben Kohl und Schäuble dem Häuflein der Unentschiedenen quer durch die Fraktionen zu bedenken, wäre die Einheit gar nicht zu haben gewesen. Und Brandt polterte gegen das „unsinnige Gerede“, womit Berlin „zum Hort verbrecherischen Nazismus und gefährlichen Nationalismus abgestempelt werden soll“.

Vor allem in ihren Anfängen konnte sich die Westrepublik nicht vorstellen, ein geteiltes Ganzes, ein Kunstprodukt der Alliierten zu bleiben. Der Kampf um Deutschland war lange Zeit auch ein Kampf um die alte Reichshauptstadt.

Wegen Berlin spaltete sich die Kriegsalianz zwischen Stalin und Roosevelt. Als die Sowjets 1948 die zerstörte, geteilte Metropole von der Außenwelt abschließen wollten, flogen die amerikanischen Rosinenbomber allen erdenklichen Einsatz herbei. Die Verbrüderung mit den Nach-Hitler-Deutschen begann in jenen Tagen; die westdeutschen Besiegten mauserten sich unverdient zu Mitsiegern. Ein Teil Berlins, und damit die gerade entstehende Republik, gehörte von nun an in der antikommunistischen Ideologie zum freien Westen.

Es waren die Arbeiter von der Ost-Berliner Stalinallee, die im Juni 1953 erst gegen überhöhte Produktionsnormen, bald darauf gegen den Ulbricht-Staat und schließlich für die Vereinigung mit der Adenauer-Republik aufstanden. Es waren die Berliner, denen Stalin-Nachfolger Nikita Chruschtschow in den späten fünfziger Jahren mit Ultimaten drohte: mal um die Stadt zu isolieren, mal um sie zu neutralisieren, mal um sie der DDR zuzuschlagen – und jeweils, um die Deutschen zur endgültigen Anerkennung der Zweistaatlichkeit zu zwingen.

Mit dem Mauerbau 1961 erreichte der deutsche Dualismus seinen Höhepunkt. In diesen August-Tagen setzte auch die Enttäuschung über die als Schutzmacht und Vorbild bewunderten Amerikaner ein: Zwar machte John F. Kennedy der Frontstadt seine Aufwartung („Ich bin ein Berliner“), aber die bipolare Welt atmete auf, weil an der Systemgrenze bleibende Ruhe einkehrte.

Die Bonner Republik arrangierte sich im Laufe der Zeit umfassend: mit der Sowjetunion, mit der DDR.

Den in Bonn durchaus geschätzten Status quo sprengten die Osis, die hin zu den Wessis strebten. Die von Gorbatschow erzwungene Kapitulation der SED in Ost-Berlin gab den Ausschlag für alles Weitere.

In Berlin begann die Wiedervereinigung mit der Maueröffnung. Selbstverständlich führt der Einigungsvertrag

Die besseren, die glanzvolleren Namen vertraten in der Debatte die gerechte Sache und standen auf der richtigen Seite: Brandt, Genscher, Vogel, Schily, Schäuble, Michaela Geiger, ja, sogar Kohl, der die Kurve zum Schluß doch noch und rhetorisch geschickt zu nehmen mußte. Der Bundespräsident hatte sich schon vorher eindeutig geäußert, mitstimmen durfte er freilich nicht.

Welche Argumente für oder gegen Berlin wurden vorgebracht?

▷ Die „Glaubwürdigkeit“: Man kann nicht 40 Jahre auf Berlin setzen, in der stillen Hoffnung, es werde doch nie zum Schwur kommen.

▷ Die „Finanzierung“: Zu viele Abgeordnete starteten in ein Milliardenloch, zu viele behaupteten, Geld spiele keine entscheidende Rolle. Der Punkt wurde zerredet.

▷ Der „Zentralismus“: Einerseits wurde das Schreckgespenst von der „Megastadt“, der „Metropolis“, an die Wand gemalt, andererseits die wirtschaftliche und politische Machtballung des auf den Föderalismus pochenden Bundeslandes Nordrhein-Westfalen verharmlost, namentlich durch Johannes Rau und seinen Mentor Wolfgang Clement. Diese gefälschte Buchhaltung ging sogar den klassischen Föderalisten aus Bayern zu weit, natürlich nicht dem Auslieger Peter Glotz von der SPD. Rau wird seine Präsidenten-Ambitionen redlicherweise wohl überdenken müssen.

▷ Die „Ostverschiebung“: Sie wurde durch die neuen Bundesländer ohne Hinterlist, ganz absichtslos bewirkt. Die „Rheinische Republik“ war mit dem 3. Oktober 1990 obsolet geworden. Zwar ist es richtig, daß auch der große Friedrich beim Bau von Sanssouci Tokajer-Rebstöcke setzen ließ, doch war das für Adenauers Wunschvorstellung von einer „Hauptstadt unter Rebhügeln“ nicht eben attraktiv. Blieben dann noch „unser Bonner Friede“ und Raus Forderung nach einer Entscheidung „zugunsten der Rheinschiene“.

Es gab echte, es gab falsche Argumente, richtige und vermeintlich richtige. Die Befürworter Bonns hatten in dem Bergsteiger Heiner Geißler einen Trojanischen Gamsbock. Wer allen Ernstes die Trennung von

Regierung und Parlament empfahl, schwächte die eigene Sache.

Der Bonn-Lobbyist Horst Ehmke brachte aus unersichtlichen Gründen die verlorenen Ostgebiete ins Spiel und wandte sich nicht eben respektvoll gegen seinen früheren Chef Willy Brandt. Der seinerseits rutschte auf einer Bananenschale aus, indem er Vichy und Paris in die Debatte einführte.

Es ging nicht immer fein zu. Die üblichen Floskeln – „Mogelpackung“, „schäbig“, „absurd“, „sehr, sehr perfide“, „Skandal“, „erneuter Verrat“ (so der letzte DDR-Außenminister Markus Meckel), „Schwachsinn“, „Ignoranz“ –, es gab sie auch in dieser Auseinandersetzung.

War dies das allseits gelobte „hohe Niveau“? Ja, gewiß. Hier war nicht die übliche Abstimmungsmaschine am Werk, sondern ein Parlament in seinem ureigensten Element. Anders sind die Gründerväter der Vereinigten Staaten von Amerika, Thomas Jefferson und Alexander Hamilton, auch nicht miteinander umgegangen. So sollte, wäre es denn möglich, immer debattiert werden.

Freilich, ohne den zwar nicht anwesenden, aber trotzdem stets präsenten Richard von Weizsäcker und vielleicht auch ohne Hans-Dietrich Genscher wäre es wohl nicht gutgegangen. Zehn Stimmen zur anderen Seite, und Bonn hätte das Rennen gemacht. Im übrigen war es *auch* eine Generationen-Entscheidung. Wer, der nie in Berlin war, hätte sich gegen das vertraute Bonn wenden sollen?

Und was hat es mit der „tiefen geschichtlichen Dimension“ auf sich, die während der Debatte auch bemüht wurde? Nun, es gibt sie. Wir sind kein Staat mehr, der vom römischen Kardinal Ratzinger über die „Rheinschiene“ des Kölner Kardinals Meisner irgendwelche Anweisungen für unsere praktische Politik entgegenzunehmen hätte. Wir sind auch kein „Rheinbund“-Staat mehr, da ein Teil Preußens samt der Hauptstadt Berlin bei uns verblieben ist.

Ebensowenig sind wir jetzt ein national-patriotischer Staat, nicht „stolz auf unser Land“ wie Franzosen, Engländer und Amerikaner. Wir sind ein normaler Staat mit enormen Problemen. Wir verachten unsere Flagge nicht, aber hissen werden wir sie nur bei Bedarf.

Berlin als Hauptstadt auf, ganz im Geiste der Bundestagsentschließung von 1949.

Berlin als Hauptstadt – dafür gab es reichlich Grundlagen, jede Menge politische Festlegungen, etliche moralische Postulate. Und gegen soviel geballte Normativität sollte der Status quo, Bonn genannt, zu halten sein?

Eindringlich machte SPD-Vize Wolfgang Thierse darauf aufmerksam, wie wichtig die Berlin-Entscheidung für seine ostdeutschen Landsleute sei: „Was ist das für ein Staatsschiff, in dem alle wirklichen Schwerpunkte im Westen lie-

die alte Bundesrepublik passé. Der Adenauer-Staat existiert nicht mehr. Linksrheinisch und ostelbisch sind wieder eins. Das Land wird nach Norden, nach Osten hin, ins Protestantische korrigiert. Der letzte Donnerstag war der Tag Null für ein neues Deutschland. Erst jetzt endet die Nachkriegszeit.

Was sich in Deutschland verändert, hatten viele Wessis offensichtlich noch gar nicht verstanden. Das Berlin-Votum, so SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel, sei eine Zäsur: „Wir verändern erstmals unser Bewußtsein, das bisher hinter den Realitäten zurückging

Dennoch gibt es eine nationale Gewichtsverlagerung. Für Ost- und Mitteleuropa ist das neue Deutschland Tor zum Westen. Und alle Reformstaaten streben hindurch. Deshalb, und weniger dank der Hauptstadt Berlin, wächst das Gewicht der Deutschen in Ost wie West.

Weniger zweckdienlich sind die Träume konservativer Intellektueller vom *Rheinischen Merkur* bis zur *FAZ*. Sie ersehnen sich die Abkehr vom Provinzialisismus, den sie in Bonn inkarniert wännen. Wenn es nach ihnen geht, soll der ökonomische Riese Deutschland sich endlich auch politisch zu voller Größe erheben und sich weltweit zur Geltung bringen: als wahrer „partner in leadership“ mit George Bushs USA; mit Bundeswehrsoldaten, wo immer sie gebraucht werden; und mit mehr Bellizismus als im Golfkrieg an den Tag gelegt, wie die deutschnationalen Träumer bewegt klagen.

Kaum jedoch zu glauben, daß Genscher im vorläufigen Zweitamtssitz Berlin den Genscheristen in sich vergißt und der Patriot Kohl im Kronprinzenpalais umstandslos zum Nationalisten mutiert.

Weitaus sachlicher reagierte das Ausland auf die neue, alte Hauptstadt Berlin: „Auf wiedersehen Bonn, Berlin here we come“ kalauerte die *Londoner Times*. Das italienische Blatt *La Repubblica* moikierte sich über die Deutschen: „Die Welt ist beschäftigt mit Kriegen und Frieden, Völkerwanderungen, Finanzen und Katastrophen. Aber für die Deutschen existiert im Moment nur die Frage: Bonn oder Berlin.“

Im Pariser *Express* prophezeite der britische Historiker Alan Bullock, daß Ber-



Eroberung Berlins 1945*: Aus Besiegten wurden Sieger

gen?“ Er rief den Königssatz der Wiedervereinigung ins Gedächtnis: daß Teilung nur durch Teilen überwunden werden könne – Berlin als Hauptstadt, so der eloquente Neu-Parlamentarier schwärmerisch, sei „ein Zeichen, ein wunderbarer Anlaß der Hoffnung auf wirkliche Gemeinsamkeit und Solidarität“.

Soweit Politik mit Seelenkunde zu tun hat, nahm der Bundestag mit seinem Votum Rücksicht auf die Befindlichkeit der Osis. „Entscheidend ist das Psychologische,“ stellte auch der brandenburgische Ministerpräsident Manfred Stolpe zufrieden fest (siehe SPIEGEL-Interview Seite 28).

Nach der Deutschen Demokratischen Republik ist – nun offensichtlich – auch

* Soldaten hissen die sowjetische Flagge auf dem Reichstagsgebäude.

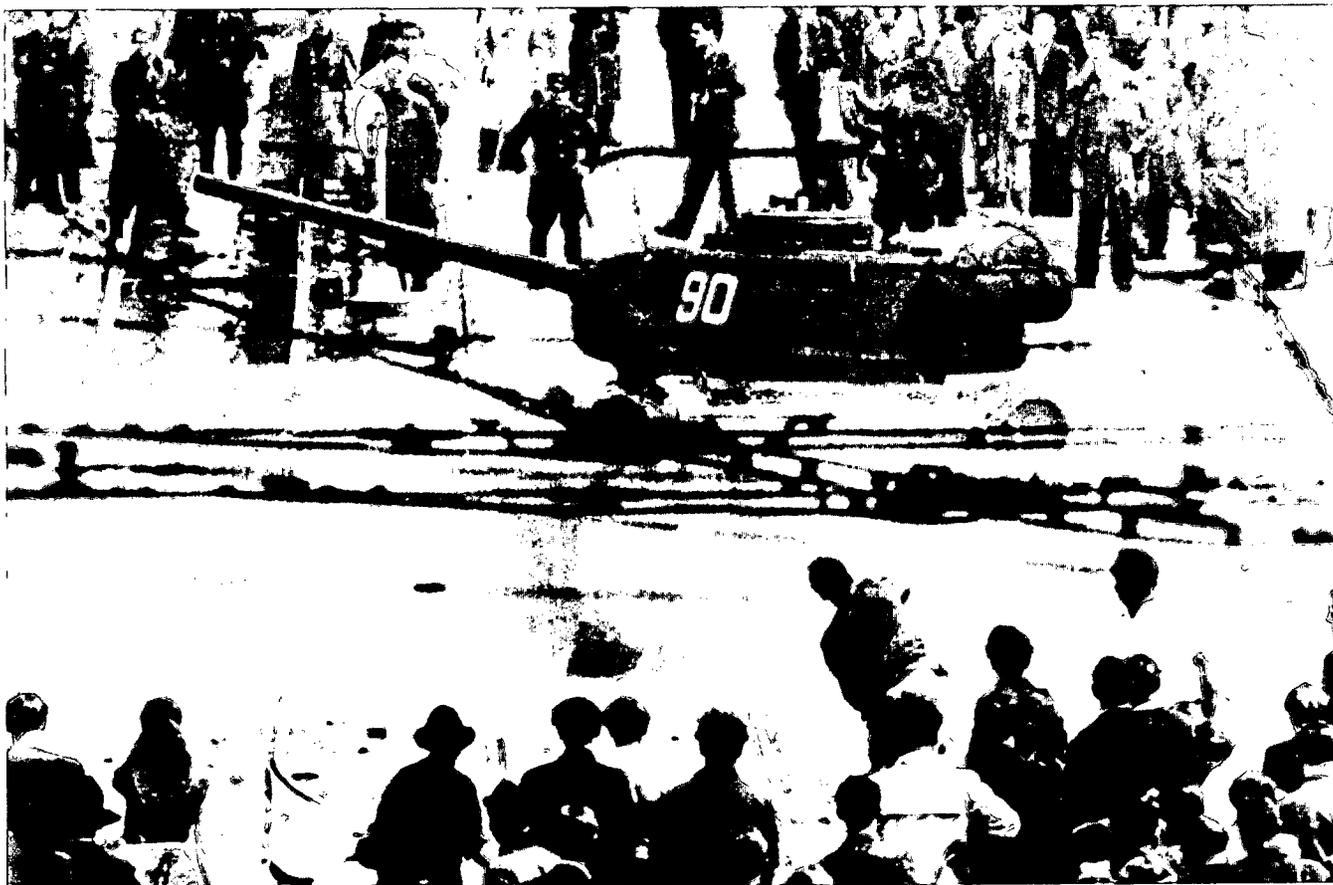
– und das wird Folgen haben.“ Die Wessis müssen die Lektion der Osis erst lernen. Auch für sie hat sich die Welt verändert. Dazu gehören nicht allein unerfreulich hohe Steuern. Daß Berlin wieder wird, was es von 1871 bis 1945 schon war, ist dafür nur ein Symptom.

Natürlich blühen auch etliche schöne und weniger schöne Träume.

Bonn diene als Symbol der Integration der Deutschen in Westeuropa – Berlin sei ein Synonym für die Verlagerung nach Mitteleuropa, dekretierte Brandt im Bundestag. Zuviel der Ehre für die Geographie, zumal am Ende des 20. Jahrhunderts. Zwar liegt Warschau oder Prag näher bei Berlin als Paris oder London. Aber die Verträge auf gute Nachbarschaft mit Polen und der CSFR entstanden auf Bonner Boden.



Rheinländer Adenauer (1949) „Bundestag alsdann in Berlin“



Volksaufstand am 17. Juni 1953: Die Lektion der Osis lernen

lin „in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts eine ebenso große Rolle wie im ersten Teil des 20. spielen wird – diesmal, hoffen wir, nicht als Bedrohung für den Rest der Welt, sondern für das Wohlergehen aller“.

Derlei Gelöbnisse hat Kanzler Kohl schon mehrmals abgelegt. Dem zweiten Teil der Wiedervereinigung widmete er sich aus pragmatischen und parteipolitischen Gründen äußerst vorsichtig.

Den Zusammenstoß der Weltanschauungen wollte der Kanzler vermeiden. Helmut Kohl hätte die Hauptstadt-Frage am liebsten noch ein paar Jahre ruhen lassen. In eine Zwangslage geriet er, als Bundespräsident Richard von Weizsäcker seinen Berlin-Vorstoß mit dem Ruf nach „politischer Führung“ verband.

Die zu übernehmen, vermied der Pfälzer zwar sorgfältig. Doch als der Showdown zwischen Bonn und Berlin unausweichlich wurde, machte er sich kurz vor Toresschluß daran, die knappe Bonn-Mehrheit zugunsten Berlins zu drehen.

Ein Votum gegen Berlin, so CDU-Generalsekretär Volker Rühle, „wäre für die Union eine Katastrophe gewesen“ – in Ostdeutschland nämlich, wo die satte Mehrheit der Union unaufhaltsam bröckelt.

Der Kanzler, von Niederlagen bei den Wahlen in Hessen, Rheinland-Pfalz und

dem rapiden Stimmungsumschwung in den neuen Bundesländern gebeutelt, konnte am vorigen Donnerstag erst einmal aufatmen, denn die Entwicklung der Hauptstadt-Debatte war Helmut Kohl gar nicht recht gewesen.

Mit Milliarden spritzen aus der Bundeskasse wollte er zunächst die um ihre Existenz bangenden Ostdeutschen wieder hinter seiner Fahne sammeln. Ein offener Streit um die Hauptstadt, so warnte Kohl bereits im vorigen Jahr, könne nur Schaden anrichten.

Selbst in der Woche der Entscheidung fiel Kohls Berlin-Engagement so diskret aus, daß sich der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen und seine Gefolgschaft beklagten.

Am Tag vor der Abstimmung warb Kohl in der Unionsfraktion, aber auch bei seinem Kritiker Diepgen und 30 als Pressure-group angereisten Mitgliedern des Berliner Abgeordnetenhauses für ein sogenanntes Zeitschienen-Modell. Wichtigstes Merkmal: Erst im Jahre 1996, also in der Mitte der nächsten Legislaturperiode, sollte über den endgültigen Sitz von Bundestag und Bundesregierung entschieden werden. Bis dahin sollten „alternative Planungen“ für beide Städte vorliegen.

Der Kompromiß sollte in letzter Minute das Finale verhindern. Attraktiv waren allein seine Erfinder: Berlin-Befürworter Innenminister Schäuble

(CDU) und Bonn-Anwalt Wolfgang Clement (SPD), Minister in der Staatskanzlei des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau.

Rasch waren sich beide einig, daß die Konfrontation im Bundestag nur noch zu stoppen wäre, wenn alle Schlüsselfiguren in der Hauptstadt-Diskussion – Bundespräsident, Kanzler, Bundestagspräsidentin, die Fraktionsvorsitzenden und die Prominenz beider Lager – gemeinsam in letzter Minute an die Abgeordneten appellierten, die Entscheidung zu vertagen.

Noch am Abend vor der Abstimmung waren Clement und Schäuble zuversichtlich.

Kohl selber hatte am Nachmittag beim Berliner Diepgen Bewegungsspielraum ausgemacht, freilich nur für den Fall, daß auch die Berlin-Anhänger in der SPD, voran Fraktionschef Hans-Jochen Vogel, bereit gewesen wären, über eine Verschiebung mit sich reden zu lassen. Schäuble hatte sich vom Berlin-Freund in der Villa Hammerschmidt eine wichtige Zusage besorgt: Wenn ein Konsens eine Chance besitze, dann trage er, der Bundespräsident, dazu bei.

Gegen Mitternacht war die Illusion verfliegen.

In einer Runde mit Vertretern beider Lager weigerten sich die Berliner Hans-Jochen Vogel (SPD) und Lothar de Maizière (CDU) strikt, die Entschei-

„Wir wollen kein neues Provisorium“

SPIEGEL-Interview mit Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth über die Entscheidung für Berlin

SPIEGEL: Die Bundesrepublik ist größer geworden. Aber bis zur Entscheidung für Berlin, so scheint es, haben viele nicht das Geringste davon bemerkt.

SÜSSMUTH: Das kann ich so nicht unterschreiben. Aber in der Tat: Es hat eine örtliche und politische Verschiebung gegeben.

SPIEGEL: In dem Antrag der Berliner ist als Zeitpunkt für den Umzug des Parlaments der Anfang der nächsten Legislaturperiode genannt. Halten Sie diese Perspektive für realistisch?

SÜSSMUTH: Das scheint sehr kurz. Schon in den vorangegangenen Gesprächen hat es eine große Rolle gespielt, zu klären, wann das Parlament in Berlin arbeitsfähig sein kann. Nach den Unterlagen des Bauministeriums über die Umgestaltung des Reichstags wird das acht Jahre dauern. Allein Planung und Ausschreibung werden etwa drei Jahre in Anspruch nehmen. Der Beschluß in dem Berlin-Antrag wird sicherlich überdacht werden müssen. Wir wollen doch nicht ein neues Provisorium.

SPIEGEL: Was halten Sie für einen realistischen Zeitplan?

SÜSSMUTH: Da Regierung und Parlament nicht getrennt werden, wird die erste Phase realistischerweise acht bis zehn Jahre dauern. Gleichwohl können in der Zwischenzeit auch schon Sitzungen des Parlaments in Berlin stattfinden.

SPIEGEL: Erste Erfahrungen dort waren nicht gerade ermutigend. Den Abgeordneten fehlten die Arbeitsmöglichkeiten, sie sind frustriert zurückgekommen.

SÜSSMUTH: Aufgrund der fehlenden Arbeitsmöglichkeiten ist für dieses zweite Halbjahr nur eine Sitzung vorgesehen in Berlin. Aber man kann natürlich auch in der Kongreßhalle tagen. Berlin zur Hauptstadt zu erklären kann nicht nur ein symbolisches Signal sein. Dazu gehört auch, daß wir tatsächlich vor Ort gehen.

SPIEGEL: Wird es nach der Entscheidung nicht einen Sog nach Berlin geben?

SÜSSMUTH: Im Gegenteil. Wir haben jetzt eine eindeutige Entscheidung. Daher können wir in Ruhe planen. Wir dürfen uns jetzt nicht unter erneuten Zeit- und Erwartungsdruck setzen. Die Politik hat jetzt viele Aufgaben zu bewältigen.

SPIEGEL: Werden nunmehr die Prioritäten verändert?

SÜSSMUTH: Wie schon in der Regierungserklärung festgelegt, hat absoluten Vorrang das Ziel, vergleichbare Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu schaffen. Es ist unmöglich, jetzt die finanziellen Hilfen für die neuen Bundesländer zu reduzieren, nur um den neuen Beschluß umzusetzen. Die Planungen für Berlin, die Sanierung der neuen Bundesländer und auch der Ausgleich

schen Nachbarn, dürfen nicht abgebaut werden. Das heißt also, daß die im Beschluß angegebenen Zeiten auch im Lichte der Finanzierbarkeit betrachtet werden müssen.

SPIEGEL: Was wird denn aus der bisherigen provisorischen Hauptstadt Bonn?

SÜSSMUTH: Vorrang haben die Bedingungen für die Menschen. Sozialverträglichkeit ist oberstes Gebot.

SPIEGEL: Wie kann ein konkreter Ausgleich geschaffen werden?



Bonn-Befürworterin Süßmuth: „Deutschland ist anders geworden“

für die Bonner Region müssen gleichermaßen berücksichtigt werden. Sicherlich ist die Verlagerung des Regierungssitzes nach Berlin zugleich eine Hilfe für das sechste Bundesland Berlin.

SPIEGEL: Wird es jetzt Verteilungskämpfe geben?

SÜSSMUTH: Der Finanzminister hat die Kosten für die Verlagerung von Parlament und Regierung bisher in die mittelfristige Finanzplanung noch nicht einbezogen. Er wird einen Plan vorlegen müssen, mit welchen Zeiträumen er rechnet, um den neuen Bundesländern, ebenso wie Berlin und Bonn, zu ihrem Recht zu verhelfen. Aber auch die internationalen Verpflichtungen, insbesondere gegenüber unseren osteuropäi-

SÜSSMUTH: Die Antwort ist sehr schwierig – sonst wäre sie schon gefunden. Die Frage ist jetzt, was aus den Bereichen der Verwaltung in Bonn belassen, was aus Berlin dorthin geholt werden kann. Ich meine, um ein Beispiel zu nennen, wenn der Justizminister nach Berlin geht, könnte das Bundesverwaltungsgericht doch nach Bonn verlagert werden. Aus dem Innen- und Arbeitsministerium könnten große Teile als nachgeordnete Behörden in Bonn bleiben.

SPIEGEL: Soviel läßt sich aus Berlin gar nicht nach Bonn verlagern.

SÜSSMUTH: Hier war die Antwort der Bundesregierung tatsächlich sehr vorsichtig und zugleich realistisch. Denn es

ist außerordentlich schwierig, etwa die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte mit mehr als 10 000 Beschäftigten nach Bonn umzusiedeln. Das hätte Auswirkungen auf die Bearbeitung von Rentenansprüchen. Die Bundesanstalt wäre dann in dieser Umzugsphase nicht voll arbeitsfähig.

SPIEGEL: Bonn, so das Versprechen, soll angeblich Wissenschaftszentrum werden oder Sitz europäischer Einrichtungen.

SÜSSMUTH: Die Wissenschaft hat keinen so hohen Anteil an Beschäftigten, daß dies eine große Hilfe wäre. Was europäische Einrichtungen angeht, so sehe ich, daß dabei Schwierigkeiten mit anderen Ländern entstehen. Aber die Deutschen haben sich in der Vergangenheit für Europa eingesetzt, und nun muß mit den Europäern verhandelt werden. Es wäre auch schwer, KSZE-Einrichtungen, wie vorgeschlagen, in Bonn zu etablieren. Das Hauptbüro ist schon für Prag vorgesehen. Auch das Parlament sollte als wichtiges Teilstück für die europäische Integration in Ost- oder Mitteleuropa angesiedelt werden.

SPIEGEL: Wann findet denn nun der endgültige Umzug nach Berlin statt?

SÜSSMUTH: Die zehn bis zwölf Jahre, die in dem Berlin-Antrag genannt sind, liegen am unteren Rand der Zeitachse. Ich sehe mein vordringliches Anliegen jetzt darin, für erträgliche Bedingungen bei der Umsetzung des Beschlusses zu sorgen. Die Betroffenen in der Bonner Region sind in tiefer Sorge darüber, was aus ihnen wird. Aber sie sind bereit, die Entscheidung demokratisch zu akzeptieren.

SPIEGEL: Was hat am Ende den Ausschlag gegeben für die Berlin-Entscheidung? Die Stimmung der Menschen in den neuen Ländern?

SÜSSMUTH: Es war die Frage nach der Glaubwürdigkeit der bisherigen Berlin-Bekanntnisse. Im übrigen standen Erfahrung und Vernunft gegen Gefühl und Zukunftsvision.

SPIEGEL: Man hat bisweilen den Eindruck, die Bürger aus den neuen Bundesländern erwarteten jetzt Wunder, da sie enttäuscht feststellten, daß sich ihre Lage nach Maueröffnung, Währungsunion und auch nach dem 3. Oktober nicht wesentlich gebessert hat.

SÜSSMUTH: Eine Sache ist die wirtschaftliche und soziale Hilfe, eine andere die Zuwendung durch politische Signale und Symbole. Ich will den Symbolwert nicht schmälern, aber der hält nur, wenn auch Verbesserungen der sozialen Lage in den neuen Bundesländern sichtbar werden. Sonst wären die Bürger dort zu Recht enttäuscht.

ding hinauszuschieben. Besonders Vogel zerpflückte den Entwurf seines Parteifreundes Clement und des Bundesinnenministers: für Berlin unzumutbar. Ähnlich unerbittlich gegen Bonner Wünsche kämpfte ein Christdemokrat: Fraktionsvize Heiner Geißler.

Der auf dem Bremer Parteitag des Jahres 1989 von Kohl als CDU-Generalsekretär gefeierte Geißler nutzte die Hauptstadt-Debatte, um sich als strategischer Kopf der Fraktion neu zu profilieren. Er arbeitete ein Modell aus, das der Hauptstadt Berlin das Parlament zuordnete, Bonn jedoch die Regierung beließ – ein Konzept, das auf der plausiblen Annahme fußte, ein nach Berlin umgesiedeltes Parlament werde am Ende die Regierung doch nachziehen.

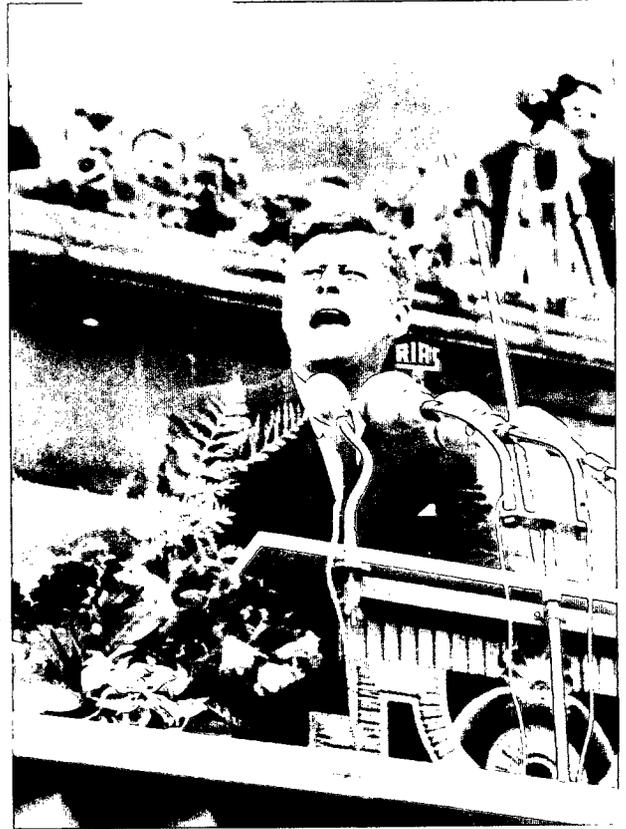
Hätten „zehn Leute andersherum gestimmt“, fühlte sich Geißler nach dem knappen Votum für Berlin bestätigt, „hätten wir einen Scherbenhaufen gehabt, auch für die CDU“. Möglicherweise hätte sich sogar die Berliner CDU gespalten und eine deutsch-nationale Partei gegründet.

Noch am Abend der heroischen Entscheidung und erst recht am Tag danach machte sich Ernüchterung breit, wurden Termine relativiert und materielle Konsequenzen durchgespielt.

CSU-Finanzminister Theo Waigel, dessen Haus die Gesamtkosten des Umzugs bis zum Jahr 2005 auf 70 bis 90 Milliarden Mark beziffert, wies gleich nach dem Berlin-Beschluß säuerlich auf den Kassenstand hin: In seiner mittelfristigen Finanzplanung bis 1995 sei für einen Parlaments- und Regierungssitz Berlin noch „kein Pfennig“ eingeplant.

Waigels kühles Diktum ist ein weiterer Beleg für die aufgeregte Nonchalance, mit der die politische Kaste der Republik in eine folgenschwere Entscheidung schlitterte. Für Bonn und Umgebung gibt es überhaupt keine Alternativen – konnte es auch nicht geben, weil ein Bekanntwerden solcher Entwürfe im Vorfeld des Bundestagsvotums „verheerende Wirkungen gehabt hätte“, so Wolfgang Clement.

Klar ist einstweilen nur, daß „wir in Bonn keine Ruinen hinterlassen“ (Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth).



US-Präsident Kennedy*: „Ich bin ein Berliner“

Die vor langem zur Zierde und Vervollendung der Hauptstadt der Westrepublik geplanten und inzwischen weit gediehenen Großbauten Plenarsaal, Haus der Geschichte und Kunstmuseum werden termingerecht eingeweiht werden; und auch der nach der Einheit an der Kellerdecke gestoppte Fraktionsbau neben dem „Langen Eugen“ soll wieder wachsen dürfen (siehe Seite 31).

Was aber herbeigeschafft werden könnte zum Ausgleich für die Verluste der kleinen Stadt, steht in den Sternen.

Wie schwer ein Ausgleich werden kann, ist im „gemeinsamen Bericht“ von Innen-, Finanz- und Bauministerium „über mögliche Kompensationsmaßnahmen“ für die jeweils unterlegene Stadt nachzulesen. Als Beispiel für den „ungewissen“ Erfolg von Bemühungen etwa um Supranationales führt das Papier vom 29. Mai auch dies an: Selbst die Verlagerung des bereits in München ansässigen Europäischen Patentamtes „wird vom Bundesminister der Justiz für nicht durchsetzbar erachtet“.

Die düstere Prognose der Autoren: „Insgesamt ist von einer spiralförmigen Abwärtsentwicklung für Stadt und Region in ganz erheblichem Umfang auszugehen.“

Bonn-Fighter Norbert Blüm, als Arbeitsminister und Chef der NRW-CDU

* Vor dem Schöneberger Rathaus am 26. Juni 1963.

„Entscheidend ist das Psychologische“

SPIEGEL-Interview mit Brandenburgs Ministerpräsident Manfred Stolpe (SPD) über die Entscheidung für Berlin

SPIEGEL: Was haben Sie empfunden, als die Bundestagspräsidentin das Abstimmungsergebnis bekanntgab?

STOLPE: Ich war erleichtert. Eine Entscheidung für Bonn hätte bei den Menschen im Osten erhebliche Beklemmung hervorgerufen.

SPIEGEL: Im Bundestag stritten Abgeordnete, was besser für die neuen Länder sei. Die einen prognostizierten, daß von Berlin eine positive wirtschaftliche Ausstrahlung auf Ostdeutschland ausgehe, die anderen warnten vor einer Sogwirkung der Metropole. Was macht Sie so zuversichtlich, daß Berlin den Aufschwung vorantreibt?

STOLPE: Entscheidend ist das Psychologische für die Menschen in den Ostländern, was in beiden Positionen nicht zum Ausdruck kommt. Selbst die Sachsen, die mit Berlin in den letzten 300 Jahren im allgemeinen nicht viel am Hut hatten, hätten eine Entscheidung gegen Berlin als eine Entscheidung gegen den Osten verstanden. Das wäre gerade jetzt sehr schlimm gewesen, denn wir stehen vor einem kritischen halben Jahr in den Ostländern.

SPIEGEL: Was kann da die Hauptstadt-Entscheidung bewirken?

STOLPE: Wir stehen vor der eigentlichen Nagelprobe und Feuertaufe für die soziale Marktwirtschaft, wenn jetzt die Kündigungsschutzfristen ablaufen und wir nach Möglichkeiten suchen müssen, Massenentlassungen zu verhindern oder mindestens hinauszuzögern. In einer solchen Phase der Irritation und der Ängste wäre eine Entscheidung gegen Berlin sehr schlimm geworden.

SPIEGEL: Sogar viele Ostdeutsche sagen, man hätte die Kosten für den Umzug sparen und das Geld lieber direkt in die Wirtschaft der neuen Länder stecken sollen.

STOLPE: Das ist sehr kurzschlüssig und verkennt die Zusammenhänge. Geld, das in bestehende marode Betriebe gesteckt wird, ist zum Fenster hinausgeworfen. Was nützt, sind nicht weitere Subventionen und Liquiditätsausgleichszahlungen, sondern richtige solide Investitionen. Dazu braucht man aber erst mal private Investoren, die nach der Entscheidung für Berlin kommen.

SPIEGEL: Viele Berlin-Gegner haben vor der Mega-Metropole gewarnt. Sie leben in unmittelbarer

Nachbarschaft. Fühlen Sie sich erdrückt?

STOLPE: Wir sind ganz dicht dabei, aber fürchten uns nicht. Wir wissen, daß eine solch große Stadt ihr Umland braucht, und wir wissen auch durch unsere Nähe zu der großen Stadt, daß sie uns viele Anregungen, vieles an kulturellem Reichtum gibt.

SPIEGEL: Laut Goethe sind die Berliner ein verwegener Menschenschlag, der am liebsten alles um sich herum vereinnahmt.



Sozialdemokrat Stolpe
„Wir fürchten uns nicht“

STOLPE: Eine Lanze für die Berliner. Die Berliner haben nach dem Sturz der Mauer einen solchen Massenansturm der Menschen aus Ostdeutschland in freundschaftlicher Weise ertragen, daß sie sich damit ehrlich verdient haben, Voll-Hauptstadt zu sein.

SPIEGEL: Der Zuzug der Politiker, der hohen Beamten, der Verbände wird die ohnehin bestehende Wohnungsnot vergrößern, die Mieten und Grundstücke auch im Umland verteuern. Wie wollen Sie so gegensteuern, daß die Preise für Ihre Bürger erschwinglich bleiben?

STOLPE: Das ist ein kritischer Punkt. Wir merken schon jetzt, daß es ganz schick ist, in Potsdam zu wohnen. Wir werden sehr darauf achten müssen, daß nicht am Ende unsere eigenen Leute verdrängt werden, zumal auch die früheren Eigentümer ihre Ansprüche anmelden.

SPIEGEL: Haben Sie ein Rezept?

STOLPE: Wir werden alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen. Wir wollen die Mietpreisbindung noch eine ganze Weile halten. Und wir werden beim Grundstücksverkehr sehr wachsam beobachten, was sich da abspielt.

SPIEGEL: Was sollte jetzt für Bonn getan werden?

STOLPE: Diese schöne Stadt ist prädestiniert für solide Verwaltungsarbeit und für Bildungseinrichtungen im europäischen Maßstab. Und ich denke, daß es auch eine Chance gibt für die Ansiedlung moderner, umweltfreundlicher Industriezweige. Große Weltfirmen machen sich sicher schon Gedanken, wie sie die vorhandenen Kapazitäten Bonns nutzen können.

SPIEGEL: Welche überregionalen Institutionen sollten in den neuen Ländern angesiedelt werden? Welche wünschen Sie sich für Brandenburg?

STOLPE: Wir werden diese Frage sehr behutsam angehen müssen. Ich werde mich erst mal mit meinen Kollegen in den Ostländern beraten, kann mir aber vorstellen, daß wir Brandenburger uns zunächst zurückhalten und Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern den Vortritt lassen.

SPIEGEL: Wird durch das Votum, das politische Zentrum Deutschlands nach Berlin zu verlegen, die Bildung eines gemeinsamen Bundeslandes Berlin-Brandenburg beschleunigt?

STOLPE: Es wird noch zwingender, daß wir Fragen der Landesentwicklung, der Verkehrsplanung, der Entsorgung, des Bildungswesens, um einige Beispiele zu nennen, verbindlich miteinander absprechen müssen. Das mindeste ist eine vertraglich klar geregelte Form der Zusammenarbeit, vielleicht sogar eine Konföderation. Es könnte sein, daß es alle Beteiligten für gescheiter halten, diese Kooperation in einem gemeinsamen Bundesland zu vollziehen. Diese Frage sollte bis etwa Mitte 1992 entschieden sein. Wenn die Berliner wieder in das Land Brandenburg zurückkehren wollen, könnte sich das ja in demselben Zeitrahmen abspielen wie der Umzug der Bundesorgane nach Berlin.

doppelt getroffen, fällt nur noch Sarkastisches ein: „Wir haben ja jetzt offensichtlich genug Geld, um auch noch zwei Städte zu bezahlen: den Aufbau von Berlin und den Abbau von Bonn.“

Tatsächlich eröffnen die Deutschen ihren Hauptstadt-Reigen auf dem gigantischen Schuldenberg von inzwischen 1500 Milliarden Mark. Gravierender als die absolute Höhe ist das Tempo, in dem die Deutschen ins Minus rasen. Rund fünf Prozent des Bruttosozialprodukts frißt in diesem Jahr die neue Kreditaufnahme. Einmal gab es das nach dem Kriege schon, im Krisenjahr 1975. Doch damals war's vorübergehend, jetzt droht ein stabiler Trend.

Wieviel Geld der Entschädigungsfonds für zwangseingetragene Osteigentümer brauchen wird, kann niemand schätzen, viele Milliarden werden es gewiß. Hunderte von Milliarden werden auch in den nächsten Jahren in die zusammenbrechende Wirtschaft der neuen Länder gepumpt werden müssen, sei es für Investitionen oder als Sozialhilfe. Die von den Deutschen im internationalen Konzert angestimmte Hilfe für die Sowjetunion wird nicht billig, Polen, Ungarn und die ČSFR werden sich auch melden.

Dabei richten sich diese Forderungen an ein Deutschland, das nicht mehr zur Oberklasse zählt. War die alte Bundesrepublik unter Europas Reichen – gemessen am Bruttosozialprodukt pro Kopf – neben der Schweiz und den skandinavischen Ländern an der Spitze, liegt das neue, um die DDR-Ruine ergänzte Deutschland nur noch unmittelbar vor den EG-Armenhäusern Portugal und Griechenland.

Wieviel können diese verschuldeten Deutschen sich noch leisten? Geht noch die Unternehmensteuerreform, der Familienlastenausgleich? Und obendrein eine glanzvolle Hauptstadt an der Spree nebst Versorgungsfall am Rhein? Je nach Tempo des Umzugs von Regierung und Parlament kommen leicht weitere zweistellige Milliardenbeträge in den nächsten Jahren aufs Belastungskonto.

Die im siegreichen Berlin-Antrag genannten Terminwünsche – vier Jahre für die „Arbeitsfähigkeit“ des Bundestages an der Spree, „volle Funktionsfähigkeit Berlins als Parlaments- und Regierungssitz in spätestens zehn bis zwölf Jahren“ – wurden schon am Tag nach der Entscheidung in Frage gestellt.

Eine „Untergrenze“ nennt SPD-Fraktionschef Vogel beide Fristen: „Das dauert sicher länger.“ Rita Süßmuth rechnet, weil der Reichstag „entkernt“ werden müsse, mit mindestens acht Jahren bis zur Funktionsfähigkeit des Bundestags und wenigstens der Kernbereiche der Regierung. Zwölf Jahre für das Ende der Gesamttaktion gelten auch ihr als Minimum.

So lange gedenkt Berlin nicht auf die tatsächliche Erhöhung zur Metropole der neuen deutschen Republik zu warten. Es soll, es muß möglichst schnell gehen. An Vorüberlegungen und Denkspielen, reifen wie weniger reifen, hat es von jeher nicht gemangelt.

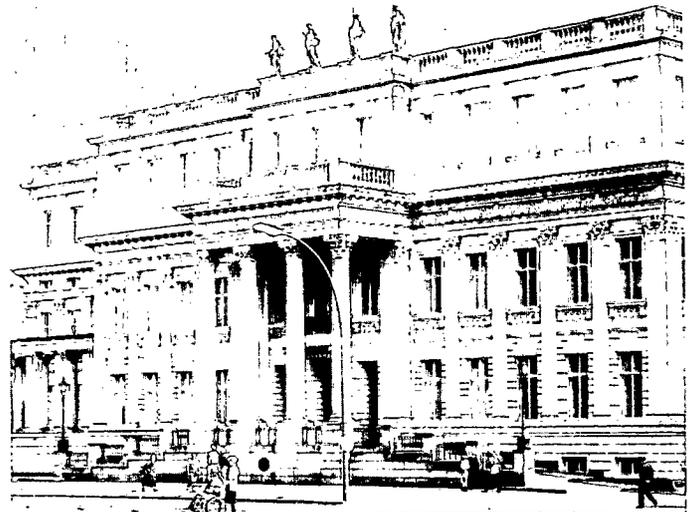
Schon Mitte der fünfziger Jahre, als es dem Westteil der Stadt besonders dreckig ging, hatten Bundestag und Senat einen gigantischen städtebaulichen Wettbewerb „Hauptstadt Berlin“ veranstaltet – offen für alle europäischen Architekten, zur „Neugestaltung der Berliner Mitte“ (die sich überwiegend im Herrschaftsbereich der Sowjets und der SED befand). Schirmherrschaft: Bundespräsident, Bundeskanzler, Bundestagspräsident, Bundesratspräsident, Präsident des Bundesverfassungsgerichts, der Regierende Bürgermeister, der Präsident des Abgeordnetenhauses. Im Geleitwort zur Ausschreibung im Jahre 1957 schrieb Konrad Adenauer:

Eine besondere Bedeutung kommt der Neuplanung des Regierungsviertels zu, damit Berlin seine zu-

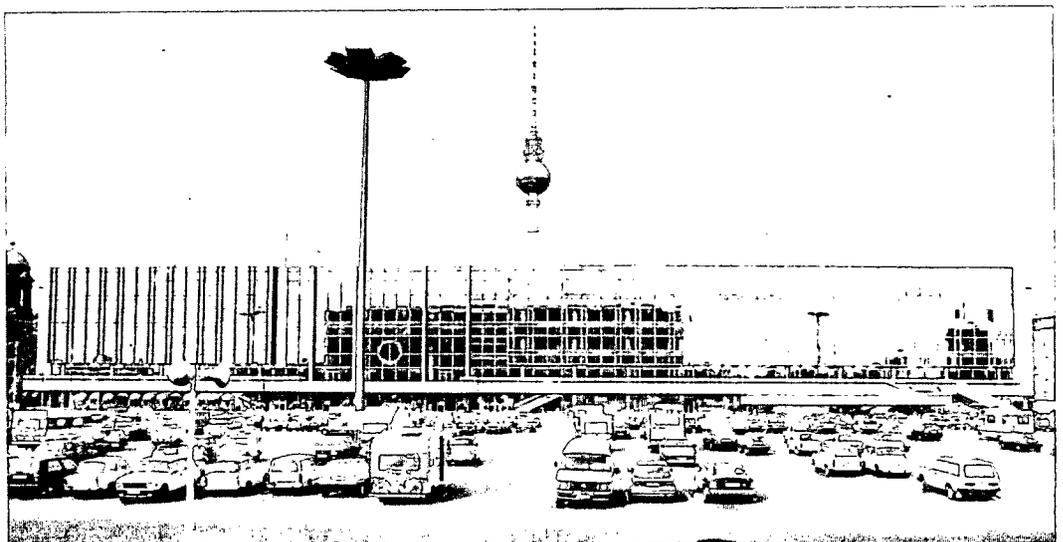
künftigen Aufgaben als Hauptstadt erfüllen kann.

34 Jahre danach ist die Situation da. Und wengleich sich das Wettbewerbsgebiet schon damals vom Tiergarten im Westen bis zum Alexanderplatz im Osten, vom Oranienburger Tor im Norden bis zum Mehringplatz im Süden erstreckte, ist von den 1958 eingereichten 151 Entwürfen natürlich nichts mehr zu gebrauchen – ebensowenig übrigens von den modischen Stadtgespenstern, die erst letztes Jahr auf Veranlassung der *Frankfurter Allgemeinen* von einer Handvoll internationaler Großarchitekten hurtig aufs Papier gefetzt wurden.

Erst jetzt, erst nach dem parlamentarischen Elfmeterschießen vom vergangenen Donnerstag, kann der Senat ernsthaft ans Planen denken, in enger Kooperation mit der Bundesregierung und der Landesregierung von Brandenburg. Erst jetzt könnten die Politiker präzise Grundlageneinsparungen tref-



Renommierobjekt Kronprinzenpalais: Schönes Stück



Problemobjekt Palast der Republik: Platz machen fürs Kanzleramt



Künftiges Regierungsviertel*: „Man muß Berlin nicht noch einmal neu erfinden“

fen, die künftige Stadtstruktur festlegen und entsprechende Vorgaben machen.

Nur so, meint der Städtebauexperte Ulrich Pfeiffer zu Recht, läßt sich ein weiteres „Architekturgeschnatter“ wie in den achtziger Jahren verhindern, als der Senat Teile der Innenstadt mit post-modernen Putzigkeiten vollkleckern ließ. „Berlin 2010“, so Pfeiffer, müsse anders aussehen als die Londoner Docklands mit ihrer „Papageienarchitektur“ oder die „Tower-Ansammlungen“ an der New Yorker Madison Avenue.

Berlin dürfe „weder im Siedlungsbrei noch in den Hochhauspargelfeldern westdeutscher Städte ersticken“, sagt auch der neue Senatsbaudirektor Hans Stimmann. Und: „Man muß Berlin nicht noch einmal neu erfinden.“

Denn trotz aller Zerstörungen durch Krieg und Nachkriegsbauten, trotz Mauer und Todesstreifen, trotz abgehackter oder neu gelegter Verkehrsverbindungen ist die Stadtstruktur noch weithin intakt oder durchaus reparabel.

Vom Reichstag am Spreebogen bis zum Potsdamer Platz und weiter bis in die Nähe der Friedrichstraße erstreckt sich eine Stadtbrache, die nur bruchstückhaft mit Ruinen oder einigen kümmerlichen Neubauten versehen ist.

Korrekturen östlicher wie westlicher Fehlplanungen mittels Dynamit und Abrißbirne werden ohnehin unumgänglich sein – wie jetzt bereits für die sozialistische Bauruine der Friedrichstadt-

* Zwischen Potsdamer Platz (l.) und Spreebogen (r.).

Passagen beschlossen: Der hoffnungslos verunglückte Rohbau wird durch einen ansehnlicheren Komplex ersetzt.

Bei allen nun notwendigen Planungen trifft es sich gut, daß der Bund als Nachfolger des Deutschen Reiches der mit Abstand größte Grundstückseigentümer in Berlin ist. Der Bund besitzt mehr als die Hälfte aller Immobilien im Zentrum, mehr als eine Million Quadratmeter Bürofläche und rund 30 000 Wohnungen und Villen. Vor allem kann er über die Flächen und Bauten vom Reichstag bis zum Potsdamer Platz, die ehemaligen Ministergärten, sowie über ausgedehnte Liegenschaften am Ende der Linden verfügen.

Der Bund erbt so schöne Stücke wie das Kronprinzenpalais und das Palais am Festungsgraben, das Zeughaus und die Neue Wache – aber auch so problematische wie den Palast der Republik, das Staatsratsgebäude und das häßliche Außenministerium der ehemaligen DDR.

Der Versuchung, das weitläufige Areal im Spreebogen zu bebauen, haben alle West-Berliner Stadtregierungen seit 1949 widerstanden – immer in der Hoffnung, daß sich dort doch eines Tages das neue Parlaments- und Regierungsviertel erheben würde.

Nach den ersten vagen Vorstellungen des Senators für Stadtentwicklung, Volker Hassemer (der sich selbst zum „Durchlauferhitzer“ ernannt hat), sollen dort, rund um den Reichstag, am Brandenburger Tor und im Tiergartengrün, nur die Bauten für die Parlamentarier entstehen – während das „Regierungsfo-

rum“ sich am anderen Ende der Linden, gegenüber der Museumsinsel, herausbilden soll. Das Kanzleramt soll dann den Platz einnehmen, den jetzt noch der Palast der Republik innehat; sein Volumen soll in etwa dem ehemaligen Schloß entsprechen – schon um dem Bild der Linden den unerläßlichen Halt und Abschluß zu geben.

Alle anderen staatlichen Einrichtungen sollen locker über das Zentrum verteilt werden; mehrere Dutzend alte und neue Gebäude stehen dafür zur Verfügung. Der Entstehung eines Regierungsgettos wäre damit vorgebeugt.

Diese Vorstellung schreckt allerdings viele Berliner, die ihre Stadtmitte schon eingekreist sehen von lauter Bannmeilen, als Hochsicherheitszone, wie eine Zitadelle, vollgepackt mit Stacheldraht, mit Hunde- und Reiterstreifen und womöglich noch Panzerspähwagen – entsprechende Schreckbilder sind aus Bonn hinlänglich bekannt.

Autokolonnen unter Blaulicht, mit lautem Tatütata und eskortiert von Funkwagen und „Weißen Mäusen“, könnten den Flaneurs Unter den Linden vollends den Spaß verderben.

Wissen die Berliner, was im Gefolge von Parlament und Regierung auf sie und ihre Stadt zukommt? Berlin wird furchtbar ungemütlich werden.

Das provisorische Berlin der vergangenen Jahrzehnte gibt es nun nicht mehr, wie es keine heimliche, keine unheimliche, keine sogenannte Hauptstadt mehr gibt. Ab sofort gibt es tatsächlich nur noch: „Berlin. Die Hauptstadt.“